Der Landrat

Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

Beratungsergebnis

der 4. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 22.03.2021

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

6. Analyse aller Produktbereiche und Produkte des Kreishaushaltes zur Haushaltskonsolidierung
- Antrag der FDP-Fraktion vom 23.01.2021 - DS-Nr.: 5366 -

Der Landrat trug zunächst vor, dass der Antrag zu einem sehr unpassenden Zeitpunkt gestellt worden sei. Wie im Antrag dargestellt, seien die Themen Prozessoptimierung und Digitalisierung für die Verwaltung ein ständiger Prozess. Der Kreis sei bereits gut aufgestellt; als Beispiele nannte er das Geodatenmanagement, die elektronische Baugenehmigung, das Zulassungswesen sowie die E-Akte im Jobcenter. Eine Umsetzung des Antrages bedeute einen erheblichen zusätzlichen Aufwand für alle Abteilungen und Referate der Verwaltung. Derzeit gebe es 55.000 Überstunden und 13.500 Resturlaubstage; dies zeige, unter welcher Anspannung derzeit gearbeitet werde. Zudem sei in den letzten Jahren von Seiten der Städte und Gemeinden auch nicht moniert worden, dass der Kreis zu üppig aufgestellt sei oder noch große Einsparpotenziale ersichtlich seien. Die Verwaltung stehe mit den Kommunen hinsichtlich des Haushaltes und des Stellenplans im ständigen Austausch. Der Antrag sei für die Verwaltung nicht umsetzbar.

Die FDP-Fraktion gab zu, dass das Timing der Antragstellung möglicherweise etwas unüberlegt und in Anbetracht der Corona-Lage zu ambitioniert gewesen sei. Sie habe daher bereits eine derartige Reaktion erwartet. Dennoch denke sie, dass der Antrag per se weiterhin seine Berechtigung habe und man in der heutigen Sitzung auch beschließen könne, dass man einen solchen Prozess erst zum Jahresanfang 2022 angehe und die Ergebnisse in den Haushaltsplan 2023 einflössen. Grund für die Antragstellung seien die zahlreichen Beschlussvorlagen der letzten Monate gewesen, bei den es in vielen Fällen um steigende Kosten und Personalaufwendungen gegangen sei. Neben den corona-bedingten Aufwendungen, die auch nachvollziehbar seien, habe es aber auch viele strukturelle Themen berührt. Sie schlage daher vor, sich einmal mit allen Produkten im Hinblick auf ein Optimierungspotenzial auseinanderzusetzen. Nachdem sie kurz auf die in der Begründung ihres Antrages angeführten Fragestellungen eingegangen war, merkte sie noch an, dass die Städte und Gemeinden sicherlich nichts gegen eine Optimierung und eine Senkung der Kreisumlage hätten.

Die GRÜNE-Fraktion brachte ein, dass dieser Prozess schon sehr intensiv betrieben worden sei. Es seien viele Ergebnisse erzielt sowie Dinge verändert und optimiert worden. Sie sehe zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt keine Notwendigkeit, diesen Prozess noch einmal anzustoßen. Des Weiteren werde die Coronavirus-Pandemie den Kreis auch im Nachlauf noch sehr lange beschäftigen.

Die Verwaltung wies daraufhin, dass der Prozess bereits laufe. Es seien Externe beauftragt worden, sich mit der Frage der Prozessoptimierung zu beschäftigen. Es gebe eine Aufteilung zwischen den Prozessen, die bei den einzelnen Kommunen bzw. beim Kreis betrachtet würden. Die Ergebnisse führten dazu,

dass man Prozesse grundsätzlich optimiere und dahingehend prüfe, ob diese digital unterstützt besser liefen. Dies sei ein kontinuierlich laufender Prozess, wozu es auch eine „Roadmap“ gebe. Aktuell laufe dies etwas gebremst, da man keine Kapazitäten zur Verfügung habe. Sie halte dies für den erfolgversprechenderen Weg, der weiterverfolgt werden solle.

Die SPD-Fraktion äußerte die Bitte, den letzten Prozess, der seit anderthalb Jahre laufe, grundsätzlich einmal vorzustellen. Sie bezeichnete den Antrag, der das Ziel habe, 3 % über alles zu sparen, als einen Griff in die Mottenkiste der Verwaltungskonsolidierung; so sei man in den 80er Jahren vorgegangen. Das Projekt, welches kreisweit laufe, sei eine gute Methode zur Prozessoptimierung.

Die CDU-Fraktion schloss sich den Ausführungen der GRÜNE-Fraktion an. Sowohl bei den Haushaltsberatungen als auch sonst in den einzelnen Ausschüssen werde die Sinnhaftigkeit jeder Position hinterfragt. Die permanente Bearbeitung habe zu guten Ergebnissen geführt. Sie äußerte an die FDP-Fraktion gerichtet, dass sie es für angebracht halte, den Antrag zurückzuziehen und in ein oder zwei Jahren zur Wiederaufnahme der Prüfung erneut zu stellen. Die Prozessüberlegungen würden engmaschig von verschiedenen Stellen begleitet und neue Anregungen aufgegriffen.

Der Landrat merkte an, dass neben der Coronavirus-Pandemie vor allem die Parlamente von Bund und Land die Kostentreiber seien, die dem Kreis ständig neue Aufgaben zuwiesen.

Die AfD-Fraktion äußerte, dass die Aufgabenverdichtung und die Personalknappheit in der Verwaltung wesentliche Probleme seien. Zu sparen sei grundsätzlich ein guter Ansatz, nicht aber der Verwaltung pauschal zu unterstellen, opulent über 3 % zu fahren. Würden noch weitere externe Berater beauftragt, müssten schon mehr als 3 % eingespart werden, um diese überhaupt bezahlen zu können. Sie erklärte, unter den gegebenen Voraussetzungen dem Antrag nicht zuzustimmen.

Die FDP-Fraktion wies auf ihre Antragsbegründung hin, in der auch stehe, dass in der Vergangenheit solche Überprüfungen stattgefunden hätten. Sie wolle erreichen, dass diese immer wieder stattfinden müsste. Sie stimmte zu, dass es eine immer größere Aufgabenverdichtung gebe, aber gerade deshalb sollte man entgegensteuern sowie Optimierungspotenziale und Kompensationen finden. Zur Anmerkung der AfD-Fraktion äußerte sie, dass sie der Verwaltung nichts unterstellen wolle. Sie teilte mit, den Antrag zurückzuziehen, da sie mit einer Ablehnung rechne, und kündigte an, diesen zu einem passenderen Zeitpunkt erneut zu stellen.

Ergebnis: Zurückgezogen